

LiberalDemokratie

Schutz menschlicher Vielfalt

LiberalDemokratie

ist die Symbiose zweier unterschiedlicher Elemente.
„Demokratie“ bezeichnet den Mehrheitswillen der Bürger.
„Liberal“ verkörpert das Bekenntnis zum Pluralismus.

LiberalDemokratie

bedeutet die Einschränkung des Mehrheitswillens
zugunsten des Existenz-Schutzes von Minderheiten.
So wird die Vielfalt rechtsstaatlich garantiert.

LiberalDemokratie

darf niemals der Vereinseitigung zum Opfer fallen.
Wer im Namen der Demokratie gegen die Vielfalt fabuliert,
will am Ende die Diktatur einer einseitigen Weltsicht,

LiberalDemokratie

Liberal ist die Schmierseife auf dem Trittbrett der Demokratie,
um diese brillante Errungenschaft in der Evolution des Menschen
nicht schon wieder auf dem Altar von Populisten opfern zu müssen.

◆ LiberalDemokratien sind die moderne Form der Demokratie, in
der sowohl der Mehrheitswillen der Bürger Berücksichtigung findet
wie auch Schutz und Förderung von Minderheiten rechtsstaatlich
gesichert sind. Die LiberalDemokratie baut auf den Menschenrech-
ten auf und ist das kluge Gesellschaftssystem, dem es gelingt, Viel-
falt und Pluralismus klug zu realisieren.

Anmerkung: In der Wortkombination mit "Demokratie" bedeutet "Liberal" nicht einfach nur frei / freiheitlich, sondern „Liberal“ stellt in diesem Zusammenhang eine unverzichtbare Ergänzung bzw. einen gleichwertigen Gegenpart zu Demokratie dar. Die Qualität des komplementären, sich gegenseitig ergänzenden Miteinanders entscheidet über das Gelingen der LiberalDemokratie. Liberal weist dabei auf die klare Berücksichtigung menschlicher Vielfalt, auf das pluralistische Fundament der betreffenden Demokratie hin. Demokratie ohne den Zusatz "Liberal" ist ein gänzlich anderes Gesellschaftssystem.

► Zum Ausdruck der Gleichrangigkeit beider Elemente sollte man künftig auf das mehrdeutige (missverständliche) Adjektiv "liberal" verzichten und stattdessen von der „**LiberalDemokratie**“ sprechen.

Grundsätzlich bedeutet **Demokratie „Volksherrschaft“**. Über Wahlen können die Bürger eines Staates mehr oder weniger direkt an der Machtausübung teilhaben. Entscheidungen werden in der Regel nach dem Mehrheitsprinzip getroffen. Wird aber immer alles ausschließlich nach dem Mehrheitsprinzip entschieden, führt dies am Ende zu einer **Diktatur** („Tyrannei“) **der Mehrheit**, bei der Rechtsstaatlichkeit zunehmend abgebaut wird, Minderheitenschutz nicht existiert und Entscheidungen populistisch-opportunistischen Sichtweisen unterliegen, was zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft führt: dabei sein oder ausgeschlossen werden.

Interessanterweise aber beklagen sowohl rechte als auch linke Aktivist:innen, dass das Volk in Wahrheit zu wenig Macht habe. „Antipopulismus“ sei genau genommen „Antidemokratie“. Verkehrte Welt!

Extrem einseitige (einfältige) Positionen werden quasi als von aller Vielfalt, also als „von allem Fremden bereinigter, tatsächlicher Volkswillen“ dargestellt (s. B. Höckes Kritik, »Vielfalt statt Vaterland«, S. 80). Die folgenden zwei Zitate beschreiben die Problematik ausschließlicher Mehrheits-Demokratie derart treffend, dass auf sie auch in dieser Länge nicht verzichtet werden soll:

aus: „Mensch, vergeiß die Freiheit nicht!“ (Version 3)

© Walter Krahe, Barweiler, 7.10.20224

◆ *»Heute genügt bereits ein Blick in Richtung Türkei, Russland oder Venezuela, um zu erkennen, dass der demokratische Aufstieg illiberaler Machthaber oft nur ein Vorspiel für Autokratien oder Diktaturen ist. Sind die Medien erst einmal mundtot gemacht und die Unabhängigkeit der Institutionen (Gerichte, Notenbanken, rechtsstaatliche Verwaltung etc.) abgeschafft (beide stehen für Liberalismus), fällt den illiberalen Demokraten der Übergang vom Populismus zur Diktatur denkbar leicht. Zunächst heißt es, „das Volk entscheidet, was zu tun ist“ und „räumen wir institutionelle Hindernisse aus dem Weg“. Schließlich heißt es dann, „ich und meine Bewegung sind das Volk“. ... Nach der Wahl von Donald Trump hörte sich Viktor Orbans Bekenntnis zur Demokratie wie folgt an: „Die Wahl kennzeichnet Amerikas Übergang von einer liberalen Nichtdemokratie zu einer echten Demokratie.“ Nicht umsonst sprach Stephen Bannon, der damalige Chefstrategie Trumps von der „Dekonstruktion des administrativen Staates“, um „den Volkswillen zum Durchbruch zu bringen“.« (,Die liberale Demokratie ist eine permanente Gratwanderung“, Harald Pöttinger, haraldpoettinger.com)*

◆ *»Doch zuweilen fordern auch Mehrheiten ungeduldig mit Kraft- und Befreiungsschlägen die einfache Lösung und suchen sie in einer scheinbar heilen Vergangenheit. An dieser Stelle lässt sich eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte ziehen: Demokratiegeschichte war von Anfang an die Geschichte ihrer Einschränkung. Egal ob Verfassung, Rechtsstaat, Minderheitenschutz, Checks und Balances oder Repräsentativsystem – sie alle zähmen die Mehrheit. Es blieb immer umstritten, wie viel Mehrheitsherrschaft eine Demokratie verträgt oder braucht, aber Verfassungsväter und -mütter freier Demokratien haben stets die „Tyrannei der Mehrheit“ eingehegt. Denn diese blockiert zu oft die Demokratie. ... Hitler, aber auch Stalin und andere Tyrannen dieser Welt haben sich seit dem 20. Jahrhundert gern als die wahren und eigentlichen Demokraten bezeichnet – weil das Volk hinter ihnen stünde. Die bittere Wahrheit ist: Zu oft stand die Mehrheit hinter dem Horror und der Ungerechtigkeit.« (,Die Tyrannei der Mehrheit“, H. Richter, 30.6.18, taz.de)*

Anmerkung:

Die Haltung von Victor Orban, dem ungarischen Ministerpräsidenten, ist sonnenklar: Auch er sieht sich im Kampf für den von der Vielfalt bereinigten Volkswillen gegen westliche LiberalDemokratien und zieht diesbezüglich an einem Strang mit Russlands Präsident Putin, Chinas Staatspräsidenten Xi Jinping und Donald Trump – nach dem Motto: „**Möge die VaterlandsEinfalt obsiegen.**“

Die ersten beiden Wochen seiner Amtszeit als EU-Ratsvorsitzender nutzte Orban dann prompt auch, um u. a. diese Herren im Rahmen „seiner Friedensmission“ („*Trump wird den Krieg beenden.*“) zu besuchen. Dass diese Autokraten bzw. Möchtegern-Autokraten angesichts solch einer Schmähung der EU hinter vorgehaltener Hand triumphiert haben, dürfte keine Frage sein, wohl aber wie man als liberaldemokratische europäische Union darauf reagiert.

Die EU kann es sich in keiner Weise leisten, einen derart tickenden Staatslenker in ihren Reihen zu dulden. Zeitnah wird eine neue europäische Union gebraucht, in der die LiberalDemokratie 2.0 unverrückbar in Stein gemeißelt ist, Missverhalten mit automatisiertem Rauswurf geahndet wird und das Miteinander nicht länger mehr einstimmig vonstattengehen muss.

Wer denn sonst kann in der Welt ein glaubhaftes Gegengewicht zu all den illiberalen Tendenzen aufbieten?

Das darf keine Zukunftsvision, sondern muss konkrete Arbeitsanweisung für die Gegenwart sein, sonst finden sich immer weniger europäische Staaten, die überhaupt noch in der Lage sind, innerstaatliche Mehrheiten jenseits der Populistischen Parteien für ein solches Unterfangen zu organisieren.

Je länger man darüber nachdenkt, desto unwahrscheinlicher erscheint einem das. Das könnte wohl nur dann gelingen, wenn möglichst vielen die gefahrvolle Situation bewusst wird und sie ähnlich den Polen (und noch viel mehr) bereit sind, zurück zu rudern.

► **Europa braucht jetzt LiberalDemokratie-Begeisterung!**

Was braucht eine LiberalDemokratie?

Die LiberalDemokratie ist ein **Rechtsstaat**, in dem nachvollziehbares Recht vor Machtmissbrauch und staatlicher Willkür schützt und Staat und Gesellschaft in seinem Sinne gestaltet. Staatliche Macht ist zeitlich und vom Umfang her begrenzt, die Rechte und Freiheiten der Bürger werden geschützt. Jeder ist vor dem Gesetz gleich.

Grundlage sind die **Menschenrechte**, die unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit für jeden gelten. Sie sichern die Würde, Unantastbarkeit und Freiheit eines jeden einzelnen Menschen. Sie umfassen die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Religionsfreiheit. Sie garantieren das Wahlrecht und die grundsätzliche politische Teilhabe. Menschenrechte sind in einem Rechtsstaat einklagbar. LiberalDemokratien könnten ohne sie auf Dauer nicht funktionieren.

Die **Gewaltenteilung** spielt in einem Rechtsstaat eine entscheidende Rolle. Wie der Begriff zum Ausdruck bringt wird die Macht (sinnvoll) aufgeteilt. Derart begrenzt soll Machtmissbrauch verhindert und gegenseitige Kontrolle ermöglicht werden. Nur eine unabhängige Rechtsprechung (**Judikative**) mit nur dem Recht verpflichteten Gerichten, Richtern und all den anderen Juristen ist auch tatsächlich in der Lage, all die Organe, die für die Lenkung und Verwaltung des Staates zuständig sind (**Exekutive**) bei Bedarf in ihre vom Recht bestimmten Schranken zu verweisen. Je besser das funktioniert, desto sicherer der Rechtsstaat. Die **Legislative** umfasst alle Ebenen und Organe der Gesetzgebung. Deren Unabhängigkeit soll transparente, demokratisch legitimierte Gesetzgebungsverfahren sicherstellen. Eine funktionierende Gewaltenteilung sorgt für das stabile Fundament der LiberalDemokratie.

Was macht die LiberalDemokratie so besonders?

Neben den demokratischen Elementen spielt als zweites Grundprinzip die rechtliche Anerkennung und Sicherstellung von Pluralismus und Vielfalt eine entscheidende Rolle. Im Rahmen eines verbrieften **Schutzes von Minderheiten**, z. B. von ethnischen oder religiösen

Minderheiten, denen in der Regel die Anzahl der Stimmen fehlen, um sich in Mehrheitsprozessen durchzusetzen, werden direkt und indirekt demokratische Mehrheitsrechte eingeschränkt, um auch die individuellen Freiheiten dieser gesellschaftlichen Gruppen im Sinne der Freiheitsrechte eines jeden Einzelnen zu garantieren. Die Demokratie und ihr Majoritätsprinzip, wonach in der Regel die Mehrheit der Stimmen entscheidet, erfährt so durch den Liberalismus nicht einfach nur eine Ergänzung, sondern auch diverse Beschränkungen. In der Regel setzt genau hier die Kritik der Pluralismus- und LiberalDemokratie-Gegner an, die sich gegen die Beschneidung ihrer eigenen Rechte zu Gunsten „irgendwelcher“ (= ihre Sicht) Minderheiten wehrt. Ziel ist eben der „von der Vielfalt bereinigte Volkswille“.

► **Die LiberalDemokratie ist die zeitgemäße gesellschaftspolitische Antwort auf die Vielfalt der Menschen.**

Unterschiedliche Ausprägungen in unterschiedlichen Ländern sollten voneinander lernen, um Schwachstellen abstellen zu können.

Verstörendes, nicht akzeptables Verhalten

Jeder Einwanderer in der Bundesrepublik Deutschland kommt in der Regel selber in den Genuss der LiberalDemokratie mit ihrem Minderheitenschutz (zumindest theoretisch). Allerdings finden sich in nahezu jeder Einwanderungsgruppe Menschen (= eine Minderheit!), die sich nach einiger Zeit (mehr oder minder lautstark) gegen die Aufnahme anderer Einwanderer und die Gewährung gleicher Schutzrechte aussprechen. Diese egoistische Haltung nährt sich durch (wirtschaftliche) Angst vor der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum und der Sorge vor geringer werdenden Fördermitteln. Ebenso treibt sie die Befürchtung noch schwierigerer Integrationsbedingungen und zunehmender Diskriminierung um. Hinzu kommt die fehlende Bereitschaft, sich mit Menschen aus ganz anderen kulturellen Lebensbedingungen auseinanderzusetzen. Bis hierhin könnte man das sogar nachvollziehen, wenn sie nicht selber Profiteure deutscher Gastfreundschaft wären. Es steht ihnen

nicht zu, über die Gastfreundschaft der Deutschen zu befinden.

Extremisten aus dem eigenen Kulturraum können solch eine Haltung befeuern. Aber auch inländische populistische Parteien, die prinzipiell selber gegen mehr Ausländer sind, wissen inzwischen sich mit derartigen Einwanderern zu verbrüdern. Das führt zu der seltsamen Kombination aus z. B. Rechtspopulisten und „Fremdländischen“ gemeinsam am Lagerfeuer der Anti-LiberalDemokratie. Wenn dann noch bestimmte traditionelle Ansichten mit den ultrakonservativen Ansichten übereinstimmen, könnte es ein Bund fürs Leben werden, würde nicht am Ende das rein Völkische obsiegen.

► Es darf nicht hingegenommen werden, dass Menschen, die den Schutz der LiberalDemokratie genießen, gegen diese agieren!

Verschiedene Sozialisationen

Nicht nur in Bezug auf den Umgang mit Einwanderern, sondern auch in Bezug auf das Verstehen so mancher Menschen aus der früheren DDR, ist es unerlässlich, dass man den Unterschied zwischen der Erziehung und Sozialisation in einer LiberalDemokratie und in einem autoritär-totalitären Staat beachtet.

Als werdender Bürger einer LiberalDemokratie gewöhnt man sich an verschiedene Spielarten der Vielfalt. Man lernt, dass es Objektivität als solche nicht gibt, dass um Lösungen gerungen wird, dass in der Politik wechselnde Mehrheiten die Regel sind. Für Probleme müssen jeweils passende Lösungen gefunden werden. Ein jeder kann und sollte sich daran beteiligen.

In einem totalitären Staat gibt es die eine „objektive Sicht“, der man zu folgen hat. Hier gibt es real auch in politischer Hinsicht die Elite, die die Geschicke des Staates und der Gesellschaft lenkt. Läuft etwas falsch, gibt man dieser Elite hinter hervorgehaltener Hand die Schuld. Gelangt solch ein Mensch in eine LiberalDemokratie, darf er sich endlich frei äußern und gibt bei Fehlern wie gewohnt wieder „der Elite“ die Schuld und beginnt gegen diese vorzugehen ...

Wehrhafte Demokratie

*... »liegt es mir am Herzen, davon zu erzählen,
wie kostbar die Freiheit ist
und wie sie unseren Lebensraum positiv gestaltet
und dass das nicht selbstverständlich ist. ...
Will ich, dass diese Freiheit bleibt?
Will ich auch diese Freiheit verteidigen
oder will ich nur zuschauen?
Und zuschauen mag ich nicht.
Ich mag, dass wir uns engagieren
für das, was uns am Herzen liegt.«*

Joachim Gauck

*(ehem. DDR-Bürger, Bundespräsident 18.3.2012 – 18.3.2017;
Quelle: n-tv.de, 22.2.23, "Hätten besser zuhören sollen", Philipp Sandmann)*

Die Folgenden Äußerungen hat Joachim Gauck an unterschiedlichen Stellen im Zusammenhang mit der Vorstellung seines viel beachteten Buches – „Toleranz einfach schwer“ (2019) – gemacht:

Andere Positionen, sofern sie rote Linien nicht überschreiten, seien Teil der Debatte. *»Kämpferische Toleranz lässt andere Meinungen gelten, auch wenn sie sie bekämpft ... Kämpferische Toleranz verteidigt also die Pluralität.«*

Toleranz enthalte aber das Gebot der Intoleranz gegenüber Intoleranten, gleichgültig ob sich diese politisch links oder rechts verorten oder dem islamischen Fundamentalismus angehörten. *»Wir müssen lernen, mutiger intolerant zu sein«* und *»Die Toleranz würde untergehen, wenn wir auch gegenüber der Intoleranz tolerant wären«*. Toleranz gegenüber Intoleranz könne nicht nur fahrlässig, sondern bisweilen sogar selbstmörderisch sein. *»Es ist Schluss mit Nachsicht, wenn Menschen diskriminiert oder Recht und Gesetz missachtet werden.«*

aus: „Mensch, vergeiß die Freiheit nicht!“ (Version 3)

© Walter Krahe, Barweiler, 7.10.20224

Die Menschenpflichten

Hans Küng (19.3.1928 – 6.4.2021)

»Ich hoffe auf eine Einheit der Kirchen.

Ich hoffe auf einen Frieden der Religionen.

Ich hoffe auf eine Gemeinschaft der Nationen.«

(Hans Küngs dreifache Hoffnung, verewigt auf seinem Grabstein, veranlasst von Dr. Stephan Schlenzog, seiner langjährigen „rechten Hand“, erster Preisträger des Hans-Küng-Preises, vergeben vom Parlament der Weltreligionen, Chicago, 2023)

◆ *»Diese eine Welt braucht ein Ethos; diese eine Weltgesellschaft braucht keine Einheitsreligion und Einheitsideologie, wohl aber einige verbindende und verbindliche Normen, Werte, Ideale und Ziele.«* (Hans Küng, *Das Projekt Weltethos*, 1990)

◆ *»Und Hans Küng war ein Visionär, der sehr früh erkannte, dass die Religionen dieser Welt nur dann einen Beitrag zu einer friedlicheren und gerechteren Welt leisten können, wenn sie sich auf jene ethischen Standards besinnen, die uns über die Grenzen von Religionen und Kulturen hinweg verbinden. Die Rede ist von der Idee eines Weltethos, die Ende der 1980er Jahre von Hans Küng programmatisch entwickelt wurde und die seit 1993 auch zum Erbe des Parlaments der Weltreligionen gehört: mit der Verabschiedung der von Hans Küng entworfenen „Erklärung zum Weltethos“. An der Verbreitung und Konkretisierung des Weltethos-Projekts hat Hans Küng fast drei Jahrzehnte gearbeitet. ... Mit dem InterAction Council ehemaliger Staats- und Regierungschefs erarbeitet er gemeinsam mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt eine Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten und bringt diese in Vorträgen weltweit zur Diskussion.«* („Hans Küng: Kirchenreformer, religiöser Kosmopolit, Weltethos-Visionär“, Dr. Stephan Schlenzog, Vortrag am Parlament der Weltreligionen, Chicago, 15. August 2023)

Küngs Priester- und Professoren-Kollege Ratzinger ist zwar Papst geworden, aber es besteht kein Zweifel, wer für das fruchtbare und friedvolle Miteinander der Menschen wesentlich mehr erreicht hat.

aus: „Mensch, vergeiß die Freiheit nicht!“ (Version 3)

© Walter Krahe, Barweiler, 7.10.20224

Entstehung der Menschenpflichten

Mit etwas Abstand betrachtet ist es einleuchtend, dass Menschen in einer Gesellschaft nicht nur über Rechte und Freiheiten verfügen, sondern auch über Pflichten und Verantwortlichkeiten. Jeder soll nach bestem Wissen und Vermögen seinen Teil zum Gelingen der Gesellschaft (lokal bis global) beitragen und das Beste fördern.

Die **Menschenrechte** (Vereinte Nationen 1948) entstanden unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs. Sie haben den einzelnen Menschen im Fokus und sprechen ihm unabhängig von allen Unterschieden die gleichen individuellen Freiheits- und Autonomierechte zu. In der Bundesrepublik Deutschland finden sie Ihren Ausdruck im Grundgesetz (Parlamentarischer Rat 1949).

In den so genannten **Menschenpflichten** wird respektvolles, menschenfreundliches und friedensförderndes Verhalten gefordert. Ehrfurcht vor allem Leben spielt eine wichtige Rolle. Aber auch ein gerechtes und faires Verhalten insgesamt wird eingefordert. Jede Person habe die Pflicht, sich integer, ehrlich und fair zu verhalten, wahrhaftig zu sprechen und dementsprechend zu handeln. Niemand sei von solch allgemeinen ethischen Maßstäben entbunden.

Formuliert wurden die Menschenpflichten (mit einer Präambel und 19 Artikeln) als komplementäre Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte u. a. von Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Hans Küng, unterzeichnet von den Mitgliedern des InterAction Council, einer 1983 gegründeten losen Verbindung ehemaliger Staats- und Regierungschefs. 1997 wurden die Menschenpflichten den Vereinten Nationen zur Ratifizierung vorgelegt, scheiterten dort aber bis heute. Die Wiedervorlage ist dringend geboten!

◆ Artikel 4 der Menschenpflichten:

„Alle Menschen, begabt mit Vernunft und Gewissen, müssen im Geist der Solidarität Verantwortung übernehmen gegenüber jedem und allen, Familien und Gemeinschaften, Rassen, Nationen und Religionen: Was du nicht willst, dass man dir tut, das füg auch keinem anderen zu.“ (interactioncouncil.org)

aus: „Mensch, vergeiß die Freiheit nicht!“ (Version 3)

© Walter Krahe, Barweiler, 7.10.20224